



debatte

Antimilitaristen im Abseits

Wer heutzutage nicht konsenskonform denkt und trotzdem seine Meinung laut sagt, gerät rasch unter Beschuss. Eine offene Debatte sieht anders aus

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist es schwierig, abweichende Meinungen öffentlich zu vertreten. „Putintroll“ ist das gängige Schimpfwort, gemeint sind schlicht Leute, die sich für Frieden und Diplomatie einsetzen. Objekte des Zorns sind dabei weniger notorische Dissidentinnen wie die seit Jahren als mediale Watschenfrau fungierende Linke Sahara Wagenknecht. Das Bashing von Personen, denen oft zugleich die fachliche Eignung abgesprochen wird, trifft vor allem Sozialdemokraten – weil sie das Erbe von Willy Brandt und Egon Bahr hochhalten. Die einstigen Architekten der Ostpolitik waren stets für eine Versöhnung mit dem von den Nationalsozialisten überfallenen Russland eingetreten, sie haben dabei viel erreicht und mittelbar auch zur deutschen Vereinigung beigetragen.

Die Entspannungspolitik der 1970er Jahre positiv zu bewerten, grenzt für manche schon an Landesverrat

Schon während der Pandemie machte sich ein intolerantes Diskussionsklima in Deutschland breit, das in der Verunglimpfung der Unterzeichner von „allesdichtmachen“ einen Höhepunkt fand. So stieß der Schauspieler Jan-Josef Liefers auf massive Empörung, weil er wie rund 50 seiner Kolleg:innen die deutsche Coronapolitik ironisch kritisiert hatte. Für die Onlinevideos muss er sich in inquisitorisch geführten Interviews rechtfertigen, in Talkshows gegen drei oder vier weitere Gäste antreten, die sich untereinander und mit der Moderation einig waren.

Die mediale Front, die Zweifelnde weitgehend ausgrenzte, war erschreckend genug. Noch extremer war die Reaktion des SPD-Politikers und früheren nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Garrelt Duin. Liefers dürfte nicht länger beim „Tator“ mitspielen, sein Engagement sei sofort zu beenden, verlangte Duin, der Mitglied im WDR-Rundfunkrat ist. Das ging selbst dem damaligen CDU-Ministerpräsidenten Armin Laschet zu weit. Der Künstler bekam seinen Vertrag verlängert, bis heute miment er den skurrilen Münsteraner Rechtsmediziner Karl-Friedrich Börne.

Während die Affäre für Liefers noch glimpflich ausging, sind neben Politikern zurzeit auch Hochschullehrerinnen, Publizisten oder Kirchenfunktionäre heftigsten Vorwürfen ausgesetzt. Teils grenzen diese Kampagnen an Rufmord und gefährden berufliche Existenzen. Um ihren Job fürchten muss zum Beispiel Ulrike Guérot, die seit Herbst 2021 Europapolitik an der Universität Bonn lehrt. Früher CDU-Mitglied, stuft sich die Professorin heute als „linkliberal“ ein, eckt aber gerade in diesem Milieu am meisten an. In einem umstrittenen, zum Teil tatsächlich verschwörungstheoretisch anmutenden Buch kritisiert sie die Coronamaßnahmen.

In ihrer jüngsten Publikation „Endspiel Europa“ plädiert sie dafür, die Schuld für den Krieg nicht

allein bei Russland zu suchen, bewertet die Nato-Erweiterung als Fehler und Provokation. In Leitmedien wie der *Frankfurter Allgemeinen* oder in Internetportalen wie *t-online.de* zweifeln Osteuropa-Experten Guérots wissenschaftliche Kompetenz an. Auch die Leitung und der AStA der Bonner Uni haben sich unterdessen von ihr distanzier.

Ähnlich unter Druck geraten ist Gabriele Krone-Schmalz, die lange für die *ARD* aus Moskau berichtet hat und in journalistischen Kreisen als fundierte Kennerin Russlands gilt. Ihr Vortrag an der Volkshochschule Reutlingen ging im Netz mit fast einer Million Aufrufen viral. Nicht nur die Referentin, auch der gastgebende VHS-Chef wurden heftig angegangen. Die Entspannungsbemühungen der 1970er Jahre in der Rückschau positiv zu bewerten, auf russische Sicherheitsinteressen und Ängste hinzuweisen oder diese gar in Verbindung zu bringen mit den Naziverbrechen in der Sowjetunion: Das grenzt in einer aufgeheizten Stimmung, die bisweilen an den Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 erinnert, für manche schon an Landesverrat.

Die Liste der öffentlich Abgekanzelten ist lang: Emma-Herausgeberin Alice Schwarzer, die Ende April einen offenen Brief initiierte, der Kanzler Olaf Scholz gegen den Vorwurf des „Zauderns“ bei Waffenlieferungen in Schutz nahm. Die Autoren Richard David Precht und Harald Welzer, die in ihrem Bestseller „Die vierte Gewalt“ die Rolle der Medien hinterfragen, nicht nur aus aktuellem Anlass. Hamburgs Ex-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der in einem noch vor dem Krieg abgeschlossenen Buch für die Verfolgung „nationaler Interessen“ und gegen eine zu starke Abhängigkeit von den USA Position bezieht. Und erst recht Altkanzler Gerhard Schröder, dem zu viel Nähe zum russischen Präsidenten und seine Tätigkeit als Lobbyist für Gaskonzerne angekreidet werden. Vor allem Letzteres ist in der Tat äußerst fragwürdig. Schröder deshalb die früheren Amtsträgern zugesicherten Privilegien im Bundestag streichen zu wollen, diese aber bei anderen einst politisch Verantwortlichen wie Angela Merkel oder Christian Wulff nicht anzutasten, dürfte juristisch kaum haltbar sein.

Denn hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Unbequeme politische Stimmen sollen zum Schweigen gebracht werden. Wesentlich beteiligt an dieser Cancel Culture in Kriegszeiten ist auch die ukrainische Propaganda, die sich nicht wesentlich von der russischen unterscheidet. Selbst gemäßigt auftretenden Politikern, wie SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich, macht man in Kiev den Vorwurf, Desinformationen zu verbreiten. Der Dauertwitterer und mittlerweile abgesetzte, weil untragbar gewordene Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk überzog Andersdenkende mit polemischen Vorwürfen und verbalen Tiefschlägen. Zuletzt, obwohl schon in die Heimat zurückbeordert, traf sein undiplomatischer Furor die Synode der Evangelischen Kirche, die er als „Diener von Judas“ bezeichnete. Die dort Versammelten halten es gewagt, sich nicht klar vom christlichen Pazifismus abzuwenden. Sie regten einen Waffenstillstand an und forderten, „das Gespräch nicht zu verachten“. Das reicht offenbar, um sich den Vorwurf einzuhandeln, ein „Putintroll“ zu sein.



Thomas Gesterkamp ist promovierter Politikwissenschaftler und Autor für Radio und Printmedien in Köln.

Judith Poppe über Gewalt von Siedlern im Westjordanland

Internationaler Druck gefragt

Keiner weiß genau, welchen Einfluss der Wahlsieg Netanjahus mit seinem extrem rechten und religiösen Bündnis auf die Situation im Westjordanland haben wird. Einige aus dem linken israelischen Lager kommentieren zynisch, es sei schwer vorstellbar, wie sich Lage noch verschlechtern kann. Doch auch sie sind extrem besorgt, denn eigentlich wissen sie: Es geht noch viel schlimmer.

Benjamin Netanjahu und der rechts-extreme Siedler Ben Gvir, der mit Bezalel Smotrich und der gemeinsamen Liste Religiöser Zionismus 14 Sitze gewonnen hat, haben sich bereits darauf geeinigt, eine Reihe von Außenposten – von Rechten „junge Siedlungen“ genannt, die auch unter israelischem Recht vorerst illegal sind – zu legalisieren. Radikale Siedler:innen dürfen sich, wie bei den Angriffen am Wochenende in Hebron, durch die neue politische Führung in ihren Bestrebungen bestätigt fühlen. Eine massive Zunahme von ohnehin seit Jahren steigender Siedlergewalt ist vorprogrammiert.

Weit oben auf der Agenda, so einige, die an den Sondierungsgesprächen be-

teiligt sind, stünde die Annexion des Westjordanlandes; des Weiteren eine Lockerung der Regeln, ab wann Soldat*innen und Polizist*innen schießen dürfen. Im Wahlkampf hatte Ben Gvir versprochen, Palästinenser*innen auszubürgern, die in Zusammenhang mit Terrorismus gebracht werden.

Wie die Palästinenser*innen in Zukunft agieren werden, ist schwer abzusehen. Die Entwicklungen hängen nicht allein an Israel, sondern auch am mit autoritärer Hand herrschenden Palästinenserführer Mahmoud Abbas. Doch die Befürchtung, dass sich die palästinensische Seite nach dieser jüngsten Wahl noch weiter radikalisieren wird, ist alles andere als weit hergeholt.

Wie weit die noch zu bildende israelische Regierung mit ihren Forderungen kommt, hängt nun vor allem am internationalen Druck. Auch für die deutsche Politik ein hervorragendes Moment, sich zu überlegen, wie sie mit den rechtsextremen Minister*innen in spe und ihrer Regierung in Israel umgehen wird.

ausland 9

Daniela Ordowsky über die Reise der deutschen Bischöfe zum Papst

Angst vor Rom

Der Ad-Limina-Besuch der deutschen Bischöfe lässt Papst Franziskus nicht als Fan der Synodalität erkennen und zeigt deutlich, wie unterschiedlich hier das Verständnis ist. Einige Themen seien nicht verhandelbar und das erwartete Gespräch mit Papst Franziskus über den Synodalen Weg hat erst gar nicht stattgefunden. Auf taube Ohren scheinen die Anliegen der Katholik*innen in Deutschland zu stoßen in einer vatikanischen Kirchenpolitik, die sich nicht zu Kompromissen bereit zeigt.

Viele Themen des Synodalen Wegs könne man nicht in Deutschland entscheiden, sondern müsse sie erst nach Rom tragen. Immer wieder klingen diese Worte in den Synodalversammlungen durch und lassen die akuten Reformbedürfnisse leiser werden. Dass einiges davon auch ohne Entscheidung von Rom umgesetzt werden könnte, scheint oft nur als Randnotiz wahrgenommen zu werden. Zu groß ist die Angst vor Rom.

Endlich steht der langersehnte Besuch beim Papst an. Die Erwartungen an die deutschen Bischöfe sind

klar: die Anliegen des Synodalen Wegs mit Deutlichkeit vortragen. Dass nicht alle Bischöfe diesen Reformbedarf teilen, ist zwar spätestens nach der letzten Synodalversammlung klar. Trotzdem waren die Erwartungen groß. Und dann findet zwar ein Treffen statt, aber der Synodale Weg wird nicht besprochen. Dafür sollte es ein separates Gespräch geben. Dann aber bleibt der Papst fern. Es geht um die Anliegen der deutschen Katholik*innen und der Papst taucht nicht auf. Viel mutiger, viel wütender und lauter müsste die Deutsche Bischofskonferenz reagieren und schließlich vielleicht doch auf Ungehorsam setzen.

Wie viele werden die Zerrissenheit zwischen ihren gesellschaftlichen Werten, Geschlechtergerechtigkeit und Machtverteilung einerseits und einer katholischen patriarchalen Monarchie noch lange aushalten?

Bei einem Monarchen, der nicht mal die Anliegen der artigen Bischöfe anzuhören bereit ist, stehen die Chancen, dass er die echten Anliegen der realitätsnahen Katholik*innen ernst nimmt, nicht gut.

Nicole Opitz über den Aktionsplan „Queer leben“

Fortschritt – aber bitte für alle

Nun gibt es ihn, den bundesweiten ersten „Aktionsplan für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“. Damit sollen die Rechte von LGBTIQ+ geschützt und erweitert werden. Sven Lehmann (Grüne), der Queerbeauftragte der Bundesregierung, lächelte am Freitag stolz, als er seinen Aktionsplan bei der Bundespressekonferenz präsentierte. Nicht ganz zu Unrecht, der Aktionsplan ist mit allen Ressorts der Bundesregierung und queeren Vereinen abgestimmt. Er werde darauf achten, dass auch Ergebnisse erzielt werden, so Lehmann.

Dabei werden die Maßnahmen im Aktionsplan als „vorgeschlagene Maßnahmen“ präsentiert – besonders bindend klingt das nicht. Lehmann betont zwar, dass sich alle Ressorts zum Aktionsplan verpflichten, doch es gibt Kritik an einzelnen Maßnahmen wie der Änderung des Abstammungsrechts.

Momentan muss ein Kind, das in die Ehe zweier Frauen geboren wird, von der Frau, die es nicht geboren hat, adoptiert werden. Das soll sich mit der Änderung des Abstammungs- und Familienrechts zwar ändern. Unklar bleibt

aber, in welcher Hinsicht die Reform Regenbogenfamilien betrifft, in denen die Eltern nicht zwei verheiratete Frauen sind.

Die Sorge von Verbänden ist berechtigt: Wohl könnte die FDP die Reform des Abstammungsrechts bremsen. Eckpunkte dazu will Justizminister Marco Buschmann (FDP) im kommenden Jahr vorstellen.

Im Mai verkündete er bereits, dass in einem „ersten schnellen Schritt“ bei den etwas unproblematischeren Fällen der attestierten Samenspenden das Abstammungsrecht angepasst werden soll. Was mit dem Rest passiert, zum Beispiel für Familien mit Kindern aus privaten Samenspenden, ist unklar. Man kann nur hoffen, dass die FDP sich wenigstens in dieser Hinsicht überlegt, was Freiheit eigentlich bedeutet und für wen sie gelten soll. Eine selbsternannte „Fortschrittskoalition“ sollte einen Aktionsplan zu queerer Vielfalt möglichst progressiv umsetzen – und auch LGBTIQ+ mitdenken, die sich eine Samenspende nicht leisten können.

inland 6